

Außen- und Deutschlandpolitik:

Unsere Glaubwürdigkeit muß erneuert werden

In seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 knüpfte Helmut Kohl außenpolitisch an die historische Leistung des ersten deutschen Bundeskanzlers an: „Konrad Adenauer führte vor 30 Jahren die Deutschen in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens und baute darauf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Es gelang die Aussöhnung mit Frankreich und Israel. Wir wurden ein geachteter Partner im Bündnis des Westens.“

Dreizehn Jahre sozialdemokratisch geführte Politik haben dazu geführt, daß sich unsere Partner in der Welt zunehmend fragen, wo die Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik heute steht.

Vertrauenskrise

Unsere Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit werden in Frage gestellt. Dies verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß immer mehr Sozialdemokraten, von Brandt über Dohnanyi bis hin zu Eppler und Lafontaine, sich darin gefallen, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika politisch-moralisch gleichzusetzen, um so den Eindruck zu vermitteln, als stünde die Bundesrepublik Deutschland als neutraler Dritter zwischen den beiden Großen.

Wer auf diese Weise die totalitäre und menschenverachtende Sowjetunion mit der Garantiemacht von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie gleichsetzt — und wir in Deutschland wissen, wovon wir reden: Berlin ist das Beispiel —, darf sich nicht wundern, wenn Zweifel an der außenpolitischen Zuverlässigkeit unseres Landes geäußert werden und Antiamerikanismus entsteht. Hiermit hat es ein Ende. Die neue Bundesregierung wird alles tun, um das Vertrauen, das wir in der Welt hatten, wiederherzustellen. Unsere Freunde und Verbündeten in aller Welt sollen wissen, daß sie sich auf die Geradlinigkeit und Berechenbarkeit deutscher Außenpolitik zukünftig wieder verlassen können.

Das Ziel

Oberstes Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist es, die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes zu erhalten. Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn der Frieden in Europa auch weiterhin garantiert wird.

Die Außenpolitik der CDU ist eine Politik aktiver Friedenssicherung.

Ihre Hauptelemente sind

- Partnerschaft mit den freiheitlichen Demokratien des Westens,
- Fortsetzung des Dialogs mit den Regierungen der kommunistisch regierten Staaten,
- aktive Beteiligung am Aufbau einer weltweiten Friedensordnung, in der Gewaltverzicht und Selbstbestimmungsrecht garantiert werden.

Von der Bundesrepublik Deutschland ist zu keiner Zeit eine Gefahr für den Frieden ausgegangen. Wir bedrohen niemanden. Die Politik der aktiven Friedenssicherung steht in dieser Tradition. Sie vertritt allerdings moralisch und geistig offensiv die Werte der Freiheit, Menschenwürde, sozialen Gerechtigkeit sowie der universalen Menschenrechte, darunter das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Zusammen mit unseren europäischen und atlantischen Partnern müssen wir diese Werte und Grundüberzeugungen stärker als bisher in die internationale Politik einbringen. Die Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen überall gelten. Dazu fühlen wir uns vor allem gegenüber den Menschen in ganz Deutschland, der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten verpflichtet.

Es ist dringend erforderlich, die deutsche Öffentlichkeit nicht nur über die militärischen Kräfteverhältnisse zwischen Ost und West zu unterrichten, sondern sie auch auf die Ziele der sowjetischen Politik aufmerksam zu machen, die durch militärische Überlegenheit den „politischen Sieg im atomaren Frieden“ erstrebt und die diesem Ziel Politik, Wirtschaft und Diplomatie unterordnet.

Bündnis der Freiheit

Die Stetigkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wird seit Konrad Adenauer durch unsere Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis zum Ausdruck gebracht. Wir bekennen uns zu diesem Bündnis. Es ist mehr als nur eine militärische Allianz. Es ist die Gemeinschaft der westlichen Demokratien, die auf der Basis gemeinsamer politischer Grundüberzeugungen aufgebaut wurde.

Dieses Bündnis der Freiheit steht beispiellos in der Geschichte der Menschheit: Nie zuvor haben sich Staaten in Friedenszeiten derart eng zusammengeschlossen, um gemeinsam für

- die Grundwerte ihrer freiheitlichen Verfassungen,

- ihre wirtschaftlich-soziale Ordnung und
- ihre Sicherheit

einzutreten. Diese Allianz bedroht niemanden. Sie strebt Überlegenheit nicht an. Die zentrale Aussage der Bonner NATO-Tagung vom Juni 1982 bringt dies auf den Begriff:

„Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.“

Seit Konrad Adenauer war deutsche Außenpolitik Friedenspolitik. In seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 erklärte Adenauer:

„Wir hoffen — das ist unser Ziel —, daß es uns mit Gottes Hilfe gelingen wird, das deutsche Volk aufwärts zu führen und beizutragen zum Frieden in Europa und in der Welt.“

Dies gilt heute unverändert.

Politik aktiver Friedenssicherung

Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung noch einmal die entscheidenden Elemente unserer Politik der aktiven Friedenssicherung hervorgehoben. Sie ist

- eine Politik für die Freiheit,
- eine Politik für die Menschenrechte und gegen Hunger und Not in der Welt,
- eine Politik für den Frieden in Europa und weltweit,
- eine Politik für die Einigung Europas,
- eine Politik für das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes.

Deutsch-amerikanische Freundschaft

Voraussetzung dieser Friedenspolitik bleibt unsere Einbindung in das Atlantische Bündnis, dessen Eckpfeiler die deutsch-amerikanische Freundschaft ist. Die CDU bekennt sich zu dieser Freundschaft mit den USA. Hierzu gehört auch, daß wir den amerikanischen Soldaten, die bei uns ihren Dienst tun, zeigen, daß sie hier willkommen sind.

Enge Partnerschaft mit Frankreich

Der erste Auslandsbesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl unmittelbar nach seiner Amtsübernahme galt ganz bewußt Frankreich. Erst die historische Aussöhnung mit unserem westlichen Nachbarn hat den europäischen Einigungsprozeß ermöglicht. Das freundschaftliche Verhältnis mit Frankreich hat auch und gerade für unsere Sicherheit herausragende Bedeutung.

Die neue Bundesregierung ist daher entschlossen, auch auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und der Verteidigung noch enger mit Frankreich zusam-

menzuarbeiten. Dies hat nichts mit Achsenbildung zu tun — schon gar nicht mit einer Nuklearachse, wie da und dort behauptet wird. Die Allianz ist auf alle NATO-Partner in Europa — gerade auch auf die kleineren Staaten — angewiesen. Keiner ist in der Solidargemeinschaft für unsere gemeinsame Sicherheit ersetzbar.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Union unterstreicht ohne Vorbehalte die bereits im Harmel-Bericht von 1967 festgelegte und auf dem Bonner NATO-Gipfel bekräftigte Gesamtstrategie des Bündnisses für unsere Beziehungen mit dem Osten. Sie enthält die Instrumente für eine erfolgreiche Friedenssicherung in Europa:

- **Gleichgewicht und Verteidigungsfähigkeit,**
- **Abrüstung und Rüstungskontrolle,**
- **Dialog und Zusammenarbeit.**

Unser vordringliches Ziel ist es, das notwendige militärische Gleichgewicht durch konkrete, ausgewogene und nachprüfbare Verhandlungsergebnisse auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen herzustellen und zu stabilisieren.

Helmut Kohl hat dies am 13. Oktober 1982 unmißverständlich zum Ausdruck gebracht:

„Frieden schaffen ohne Waffen: das ist ein verständlicher Wunsch, aber eine gefährliche Illusion.

Frieden schaffen nur durch Waffen: das wäre eine tödliche Verblendung.

Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: das ist die Aufgabe unserer Zeit.“

Wir unterstützen deshalb die im Bündnis abgestimmten Initiativen, die in ihrer Gesamtheit das bisher umfassendste Rüstungskontrollangebot an die sowjetische Seite darstellen.

Die neue Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Doppelbeschluß der NATO von 1979, der Verhandlungen über die Reduzierung und Begrenzung sowjetischer und amerikanischer nuklearer Mittelstreckensysteme bietet. Sie wird die Beschlüsse erfüllen und nach innen vertreten: den Verhandlungsteil und — wenn notwendig — auch den Nachrüstungsteil. Und sie wird daran erinnern, daß sie sich hier in der Kontinuität des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt um die konsequente Fortsetzung der durch ihn eingeleiteten Politik bemühen wird.

Die CDU-geführte Bundesregierung tritt im Rahmen der KSZE für die Schaffung eines Rüstungskontrollforums ein, das ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural erfaßt. Sie wird sich auf dem KSZE-Folgetreffen nachdrücklich für die Verabschiedung eines ausgewogenen Schlußdokuments für ein präzises Mandat zur Einberufung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE)

einsetzen. Die KAE soll in einer ersten Phase neue und militärisch bedeutsame, vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa erarbeiten.

Nach den geschichtlichen Erfahrungen unseres Volkes sagen wir allen Bürgern unseres Landes und wir sagen es allen Völkern der Welt:

**Wir wollen weder einen nuklearen Krieg noch einen konventionellen Krieg.
Wir wollen Frieden in Freiheit.**

Bundeswehr

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist ohne die Bundeswehr und den selbstverständlichen Dienst ihrer Soldaten wie Zivilangehörigen nicht denkbar. Ohne diese Bundeswehr hätte es für uns nicht über 30 Jahre Frieden gegeben und ohne diese Bundeswehr gibt es auch in Zukunft keinen Frieden. Wer für Frieden und Freiheit steht, braucht sich nicht zu verstecken.

Der Bundeskanzler hat zu Recht erklärt: Der Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst.

Das in unserem Grundgesetz verankerte Recht des einzelnen, aus Gewissensgründen den Wehrdienst zu verweigern, bleibt unberührt. Die neue Koalition der Mitte wird beschleunigt darangehen, das Verfahren der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern und die Ausgestaltung des Ersatzdienstes im Sinne einer überzeugenden Wehrgerechtigkeit neu zu regeln.

Ostpolitik

Für die Gestaltung unserer Politik aktiver Friedenssicherung gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas bleibt die Lage der Menschen in diesen Ländern das entscheidende Kriterium. Auf der Grundlage der geschlossenen Verträge und der Schlußakte von Helsinki wird sich die CDU weiter um echte Entspannung, um Dialog und Zusammenarbeit bemühen.

Hinsichtlich der bedrückenden Entwicklung in Polen beharrt die CDU unmißverständlich auf der Erfüllung jener Forderungen, die in der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 18. Dezember 1981 enthalten sind

- Freilassung aller Inhaftierten,
- Wiederherstellung der durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten,
- Wiederaufnahme des Dialogs zwischen polnischer Regierung und den reformwilligen Kräften des polnischen Volkes.

Europäische Einigung

Die neue Bundesregierung hat den festen Willen, neue Wege zur Einigung Europas zu öffnen. Die europäische Idee hat Versöhnung über die Grenzen

hinweg geschaffen und den Grundstein für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa gelegt. Europapolitik war und ist immer zuerst eine Politik für den Frieden in Freiheit.

Neue Schritte sind jetzt notwendig. Hierzu gehören:

- der Abbau der Grenzkontrollen,
- der Ausbau der Kulturbeziehungen,
- die Erweiterung des Jugendaustausches.

Der Bürger muß spüren, daß die Europäische Gemeinschaft auch seinem persönlichen Interesse dient.

Vor dem Deutschen Bundestag erklärte Helmut Kohl am 13. Oktober 1982:

„Unser Ziel bleibt die politische Union Europas:

■ Wir müssen die Handlungsfähigkeit der europäischen Institution verbessern.

■ Der Ministerrat muß sich wieder als Organ der Gemeinschaft verstehen und sich von gemeinsamen europäischen Interessen leiten lassen. In den von den Verträgen vorgesehenen Fällen muß er Beschlüsse mit Mehrheit fassen.

■ Das Europäische Parlament muß gestärkt werden, damit von ihm wichtige politische Impulse ausgehen können. Dazu gehören vorrangig der Ausbau seiner Kompetenzen und die gemeinsame Arbeit an einer europäischen Verfassung.

■ Die neue Bundesregierung unterstützt den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft.

■ Die Gemeinschaft muß ihre Anstrengungen erheblich verstärken, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Ungleichgewichte zu verringern. Die gemeinsame Agrarpolitik wird beim Ausbau Europas weiterhin eine wichtige Rolle spielen.“

Dritte Welt

Der Friede in der Welt wird nicht nur durch Waffen bedroht, sondern ebenso durch Armut, Hunger und Tod in weiten Teilen der Erde. An der erschreckenden Zahl von 15 Millionen Kindern, die jährlich an Hunger sterben, kann keiner von uns vorbeigehen. Die Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt geht uns alle unmittelbar an. Die große Mehrheit unserer Bürger ist bereit, sich für die Dritte Welt zu engagieren. Es kommt darauf an, diese gemeinsame Überzeugung zu stärken und Wege zu ihrer Verwirklichung aufzuzeigen. Gerade unsere Jugend gibt uns hier ein hervorragendes Beispiel.

Die CDU-geführte Bundesregierung wird im Rahmen ihrer weltweiten Friedenspolitik verstärkt auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt hinwirken. Dabei werden wir die Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt respektieren und echte Blockfreiheit unterstüt-

zen. Die CDU wendet sich nachdrücklich gegen jede Politik der Vorherrschaft. Die Länder der Dritten Welt haben den Schritt aus der Periode des Kolonialismus nicht getan, um in eine neue Abhängigkeit unter kommunistischen Vorzeichen abzugleiten.

Die CDU wird die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wieder kalkulierbar machen. Jeder in der Welt soll wissen, wo die Bundesrepublik Deutschland steht und welchen außenpolitischen Weg sie geht. Geradlinigkeit, Festigkeit und Verlässlichkeit sind die unverzichtbaren Prinzipien einer Außenpolitik, deren oberstes Ziel die Bewahrung des Friedens in Freiheit ist.

Deutschlandpolitik

Eine deutsche Nation

Bundeskanzler Helmut Kohl betonte in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982:

„Die deutsche Nation ist geblieben und sie wird fortbestehen.“

Auch die neue Bundesregierung kann die Einheit der Nation nicht erzwingen. Die Überwindung der Teilung unseres Landes ist nur in historischen Zeiträumen denkbar. Unverrückbar gilt jedoch die Präambel unseres Grundgesetzes:

„Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Verträge werden eingehalten

Hinsichtlich der geschlossenen Verträge kann sich die DDR darauf verlassen, daß wir zu allen übernommenen Verpflichtungen stehen. Wir erwarten allerdings, daß sie sich ebenfalls an Inhalt und Geist dieser Verträge hält: Den Frieden in der Mitte Europas auch dadurch zu festigen, daß Gewalt bei der Verfolgung politischer Ziele ausgeschlossen, die Lage der voneinander getrennten Menschen verbessert wird.

Leistung und Gegenleistung

Die Zusammenarbeit der beiden Staaten in Deutschland muß im Interesse der Deutschen und ihrer Nachbarn in Europa verbessert werden. Die neue Bundesregierung wird die laufenden Verhandlungen und Gespräche fortsetzen. Sie bleibt an umfassenden, längerfristigen Abmachungen zum Nutzen der Menschen und auf der Grundlage der geltenden Abkommen interessiert. Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung wird eingehalten.

Unter Vertragstreue versteht die Bundesregierung, daß nicht nachträglich in Frage gestellt werden darf, worüber zwischen beiden Partnern bei Vertragsschluß Einvernehmen bestand. Dazu gehört auch die Übereinstimmung, daß im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag bestimmte grundsätzliche Fragen offen geblieben sind. Diese können auch heute nicht geregelt werden.

Die DDR kann ihre Bereitschaft und ihren Willen, die Beziehungen zu verbessern, leicht zu erkennen geben. Die Regierung der DDR kennt unsere Wünsche zur Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs, vor allem für Berlin. Die DDR hat in diesem Jahr kleine Schritte in diese Richtung getan. Aber von Normalisierung und dem im Grundlagenvertrag angestrebten Verhältnis guter Nachbarschaft sind wir noch weit entfernt.

Berlin

Die Lage Deutschlands spiegelt sich im Brennpunkt Berlin. Die Union versteht Berlin als bleibende politische Aufgabe und als Chance aller Deutschen.

Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 die Eckpunkte unserer Berlinpolitik genannt:

- die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin,
- die Konsolidierung und Entwicklung der Bindungen Berlins an den Bund und
- die Wahrung der Außenvertretung Berlins durch den Bund.

Die neue Bundesregierung hat Anstrengungen angekündigt, die die isolierte Lage Berlins erträglicher machen. Dies gilt für die Berlinhilfe und die Berlinförderung ebenso wie für die Verbindungswege von und nach Berlin. Sie wird sich für die Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins einsetzen. Ziel ist es, den langjährigen, weit überdurchschnittlichen Rückgang der industriellen Arbeitsplätze zu beenden und eine zukunftsichere, wettbewerbsfähige Beschäftigung zu sichern.

Die soziale und wirtschaftliche Lebensfähigkeit befähigt Berlin, Aufgaben für alle Deutschen wahrzunehmen. Berlin bleibt Gradmesser für die Ost-West-Beziehungen.

Berlin ist und bleibt Symbol für die Offenheit der deutschen Frage.